

**Antrag 31/I/2026****OV Joachimsthal-Schorfheide, OV Finow****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Kostenfreie Kindertagesbetreuung für alle Kinder in Brandenburg – von der Krippe bis zum Hort**

1 Die SPD Brandenburg setzt sich für die vollständi-  
2 ge und einkommensunabhängige Beitragsfreiheit  
3 in der Kindertagesbetreuung ein.  
4 Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Kinderta-  
5 gespflegestellen sollen im gesamten Land Branden-  
6 burg grundsätzlich kostenfrei für alle Familien zu-  
7 gänglich sein.  
8 Elternbeiträge zur Finanzierung der Kindertagesbe-  
9 treuung sind vollständig abzuschaffen. Die Finanzie-  
10 rung erfolgt solidarisch aus Landesmitteln unter an-  
11 gemessener Beteiligung des Bundes, um eine qua-  
12 litativ hochwertige frühkindliche Bildung und ver-  
13 lässliche Betreuungsangebote dauerhaft sicherzu-  
14 stellen.

15

**16 Begründung**

17 Familien in Brandenburg stehen weiterhin unter  
18 erheblichem finanziellen Druck. Steigende Mieten,  
19 hohe Energie- und Lebensmittelpreise sowie all-  
20 gemeine Preissteigerungen belasten Haushalte al-  
21 ler Einkommensgruppen. Diese Entwicklung betrifft  
22 nicht nur Familien mit niedrigen Einkommen, son-  
23 dern reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hin-  
24 ein. Gleichzeitig nimmt das Armutsrisiko mit jedem  
25 weiteren Kind zu – eine Entwicklung, der politisch  
26 entschieden begegnet werden muss.

27 Dabei ist klar: Kindertagesbetreuung ist kein optio-  
28 nales Angebot für Eltern, sondern liegt in höchstem  
29 Maße im gesellschaftlichen Interesse. Der Besuch  
30 von Krippen, Kitas und Horten ist – ebenso wie der  
31 Besuch von Schulen und Hochschulen – ein zentraler  
32 Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems. Früh-  
33 kindliche Bildung ist keine private Konsumentenschei-  
34 dung, sondern eine Investition des Staates in seine  
35 Bürger\*innen, die sich langfristig sozial, wirtschaft-  
36 lich und demokratisch auszahlt.

37 Diese Investition darf keinem Kind vorenthalten  
38 werden, unabhängig vom Einkommen oder Ver-  
39 mögen der Eltern. Bildungsgerechtigkeit bedeutet  
40 nicht, Bildungsangebote nur dort öffentlich zu fi-  
41 nanzieren, wo Bedürftigkeit nachgewiesen wird,  
42 sondern allen Kindern von Beginn an gleiche Zu-  
43 gangsbedingungen zu eröffnen. Ein solidarisches

Beschlusslage

44 Gemeinwesen lebt davon, dass öffentliche Bil-  
45 dungsangebote von allen genutzt werden und nicht  
46 in einkommensabhängige Kategorien aufgespalten  
47 werden.

48 Einkommensabhängige Elternbeiträge stehen die-  
49 sem Anspruch entgegen. Sie erzeugen bürokrati-  
50 schen Aufwand, verfestigen soziale Unterschiede  
51 und fördern die Vorstellung, frühkindliche Bildung  
52 sei in erster Linie Privatsache. Nach Einkommen ge-  
53 staffelte Kitagebühren sind dabei ebenso wenig ge-  
54 recht wie einkommensabhängige Schulgelder oder  
55 Studiengebühren. Bildung verliert ihren Charakter  
56 als öffentliches Gut, wenn sie an individuelle Zah-  
57 lungsfähigkeit geknüpft wird.

58 Darüber hinaus ist die vollständige Beitragsfreiheit  
59 auch ein wichtiger Standortfaktor. Brandenburg  
60 steht im Wettbewerb mit angrenzenden Bundeslän-  
61 dern um Familien, Fachkräfte und junge Erwerbs-  
62 tätige. Kostenfreie Kindertagesbetreuung kann ei-  
63 nen entscheidenden Anreiz für die Binnenzuwan-  
64 derung von Familien aus Berlin, Sachsen-Anhalt,  
65 Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen darstellen  
66 und damit aktiv zur Stabilisierung und Belebung vie-  
67 ler Regionen im Land beitragen.

68 Eine beitragsfreie Kindertagesbetreuung ist zu-  
69 gleich ein klares Zeichen dafür, dass die SPD wie-  
70 der sichtbar und glaubwürdig Politik für Werktäti-  
71 ge macht. Sie entlastet Arbeitnehmer\*innen unmit-  
72 telbar, erhöht die Nettohaushaltseinkommen ohne  
73 Lohnverzicht und verbessert die Vereinbarkeit von  
74 Familie und Beruf. Damit gewinnt die SPD an At-  
75 traktivität für diejenigen, die tagtäglich Leistung er-  
76 bringen und auf verlässliche öffentliche Infrastruk-  
77 tur angewiesen sind.

78 Auch aus demographischer Verantwortung ist die-  
79 ser Schritt notwendig. Brandenburg steht – wie viele  
80 ostdeutsche Flächenländer – vor erheblichen demo-  
81 graphischen Herausforderungen: sinkende Gebur-  
82 tenzahlen, Abwanderung junger Menschen und ei-  
83 ne alternde Gesellschaft. Kostenfreie Kindertages-  
84 betreuung stärkt die Entscheidung für Kinder, unter-  
85 stützt Familien langfristig und leistet damit einen  
86 zentralen Beitrag zur Zukunftssicherheit des Landes  
87 – wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich.

88 Häufig wird eingewandt, eine vollständige Beitrags-  
89 freiheit komme auch einkommensstarken Familien  
90 zugute und entziehe dem Staat notwendige Mittel.  
91 Diese Argumentation verkennt den Kern staatlicher  
92 Verantwortung. Wenn dem Staat Mittel für gesamt-

93 gesellschaftliche Aufgaben fehlen, ist nicht der Zu-  
94 gang zu Bildung zu begrenzen, sondern die Einnah-  
95 meseite zu stärken. Ein solidarisches Steuersystem  
96 – insbesondere eine stärkere Beteiligung sehr hoher  
97 Einkommen und Vermögen – ist das geeignete In-  
98 strument, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren,  
99 unabhängig davon, ob Steuerzahlende selbst Kinder  
100 haben oder nicht.

101 Eine grundsätzlich kostenfreie Kindertagesbetreu-  
102 ung stärkt den sozialen Zusammenhalt, fördert die  
103 Gleichstellung von Frauen und Männern, wirkt prä-  
104 ventiv gegen Kinderarmut und setzt ein klares poli-  
105 tisches Signal: Brandenburg versteht frühkindliche  
106 Bildung als öffentliche Verantwortung und als Inves-  
107 tition in seine Zukunft.